

Beschlussvorlage



Landeshauptstadt
Mainz

öffentlich		Drucksache Nr. 1094/2010
Amt/Aktenzeichen Dezernat I/10.01 05 - Büro für Migration und Integration	Datum 10.06.2010	TOP

Behandlung im Stadtvorstand gem. § 58 (3) S. 2 i. V. m. 47 (1) S. 2 Nr. 1 GemO am 13.07.2010

Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum
Beirat für Migration und Integration der Stadt Mainz	Vorberatung	17.06.2010
Haupt- und Personalausschuss (Ferienparlament)	Entscheidung	28.07.2010

Betreff:

Handlungsplan Migration und Integration
hier: Vorlage des Handlungsplans

Mainz, 02. Juli 2010

gez.

Jens Beutel
Oberbürgermeister

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat stimmt dem „Handlungsplan Migration und Integration“ zu und beauftragt die Verwaltung entsprechend tätig zu werden.

Problembeschreibung / Begründung

1. Sachverhalt

Der Stadtrat beauftragte 2008 die Verwaltung mit den Anträgen: „Nationalen Integrationsplan auch in Mainz umsetzen“ und „Vielfalt als Chance begreifen – Integration in Mainz fördern“, die Migrationskonzeption der Stadt Mainz fortzuschreiben und zu einem Integrationskonzept für Mainz weiterzuentwickeln.

Die Verwaltung hat in einem eineinhalbjährigen Prozess den „Handlungsplan Migration und Integration“ erarbeitet. Darin werden

- a) die strategischen Weiterentwicklungsmöglichkeiten der Integrationspolitik in Mainz dargestellt,
- b) eine Bestandsaufnahme angefertigt, die statistische Daten und eine Befragung zur Ermittlung der aktuellen Lage der Menschen mit Migrationshintergrund enthält und
- c) ein übersichtlicher Katalog aufbereitet, der über 120 Angebote und Projekte für Menschen mit Migrationshintergrund in Mainz dokumentiert.

Die im Handlungsplan und den Anlagen erhobenen Daten und Befragungsergebnisse wurden durch die Verwaltung nicht bewertet, sondern stellen die entsprechenden Eingaben und Rückmeldungen dar.

2. Lösung

Organisationsstruktur zur Umsetzung des Handlungsplans:

Die Ergebnisse insbesondere der Anlagen des Handlungsplans werden als Grundlage der weiteren Arbeit in den vorgeschlagenen partizipativen Prozess gegeben. Dieser Prozess wird im Handlungsplan unter „Organisationsstruktur“ dargestellt.

Beteiligte:

Eingebunden in diesem Prozess sind Mitglieder des Stadtrats, des Beirats für Migration und Integration, Vertreter der Wohlfahrtsverbände, Migrantenorganisationen und der Verwaltung.

Arbeitsgruppen:

Innerhalb dieser Organisationsform sollen Arbeitsgruppen insbesondere konkrete Ziele und Indikatoren mit der entsprechenden Strategie entwickeln und durch die Gruppensatzung aus Fachämtern, freien Trägern und Migrantenorganisationen auch Empfehlungen zum weiteren Verfahren abgeben.

Ergebnisberichte:

Über den Aufbau und Verlauf der Durchführung, wie den ersten Ergebnissen der Arbeitsgruppen, legt die Verwaltung nach einem Jahr Umsetzungszeit einen Bericht vor.

Handlungsfelder und Festlegung von Schwerpunkten:

Neben vielen möglichen Themenfeldern (vgl. Handlungsplan Pkt. 1.3, Seite 11 und Bestandsaufnahme Pkt. 8 ff., Seite 39 ff.) treten folgende zwei Bereiche besonders hervor, die als erste Schwerpunkte festgelegt und zu denen zwei Arbeitsgruppen eingesetzt werden:

- Sprachförderung
- Ausbildung, Arbeit, Qualifizierung

3. Alternativen

keine

4. Ausgaben/Finanzierung

a) einmalige Ausgaben

keine

b) laufende Ausgaben einschl. Folgekosten (z.B. Sach- und Personalkosten, Schuldendienst)

keine

Finanzielle Auswirkungen zu 2. und 3.

ja, Stellungnahme Amt 20 Anlage 1

nein